

Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte

Vom 18. Januar 2000

Auf Grund von § 19 Absätze 1 und 2 das Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung vom 12. November 1996 (Bundesgesetzblatt I Seite 1696), zuletzt geändert am 25. August 1998 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2455, 2457) und von § 27 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 335), zuletzt geändert am 20. Januar 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 9), wird verordnet:

§ 1

(1) Zum Schutz der Wasserfassung des Wasserwerks Langenhorn der Hamburger Wasserwerke GmbH und des Klinikums Nord, Betriebsteil Ochsenzoll, wird in der Gemarkung Langenhorn ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Fassungsgebiete (Zone I) und die weitere Schutzzone (Zone III).

(3) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen sowie die Lage der Brunnen ergeben sich aus einem Lageplan im Maßstab 1:5600. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Verordnung. Sein maßgebliches Stück ist beim Staatsarchiv, je eine weitere Ausfertigung bei der Umweltbehörde sowie bei dem Bezirksamt Hamburg-Nord zur kostenfreien Ansicht für jedermann niedergelegt. Eine Übersicht über das Wasserschutzgebiet gibt der Plan, der dieser Verordnung als Anlage beigelegt ist.

§ 2

(1) Für die Schutzzonen gelten die in den §§ 3 bis 5 aufgeführten Verbote, Nutzungsbeschränkungen und Duldungspflichten. Alle Verbote, Nutzungsbeschränkungen und Duldungspflichten für die weitere Schutzzone gelten auch für die Fassungsgebiete. Die Verbote gelten nicht für Maßnahmen der Hamburger Wasserwerke GmbH, die der Trinkwassergewinnung oder Trinkwasserversorgung dienen.

(2) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall von den Verböten und Nutzungsbeschränkungen Ausnahmen zulassen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern oder eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen im Einzelfall nicht zu besorgen ist.

(3) Von dem Verbot des § 3 Absatz 2 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vom 10. November 1992 (Bundesgesetzblatt I Seite 1887), zuletzt geändert am 24. Januar 1997 (Bundesgesetzblatt I Seite 60), kann die zuständige Behörde auf Antrag Befreiung gewähren, wenn

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Trinkwasserschutzes vereinbar ist oder
2. überwiegende Gründe des Gemeinwohls die Befreiung erfordern.

(4) Wassergefährdende Stoffe im Sinne dieser Verordnung sind solche nach § 19 g Absatz 5 WHG.

§ 3

Im Fassungsgebiet (Zone I) sind verboten:

1. die Verletzung der belebten Bodenschicht;
2. das Verwenden von Pflanzenschutzmitteln;

3. das Verwenden von Teer und seinen Derivaten einschließlich löslicher Farbstoffe und Holzimprägnierstoffe bei der Herstellung und Unterhaltung der Brunnenanlagen oder dem Ausbau und der Unterhaltung von Wegen, Plätzen, Mauern und Zäunen;
4. die mineralische oder organische Düngung;
5. der öffentliche Fahr- und Fußgängerverkehr;
6. die landwirtschaftliche Nutzung außer der Mähnutzung; mit Verbrennungsmotoren betriebene Mäher sind unzulässig;
7. die Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen;
8. der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe;
9. der Neubau und die wesentliche Änderung von öffentlichen Wegen, Bahnanlagen und sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen sowie von Parkplätzen, Campingplätzen und Sportanlagen;
10. das Waschen von Kraftfahrzeugen und die Durchführung von Ölwechseln an Kraftfahrzeugen und Maschinen;
11. Leitungen zum Transport von Abwasser mit Ausnahme von Niederschlagswasser;
12. alle sonstigen Anlagen oder Handlungen, die nicht der Errichtung, dem Betrieb oder der Unterhaltung der Wassergewinnungs- und Wasserversorgungsanlagen dienen.

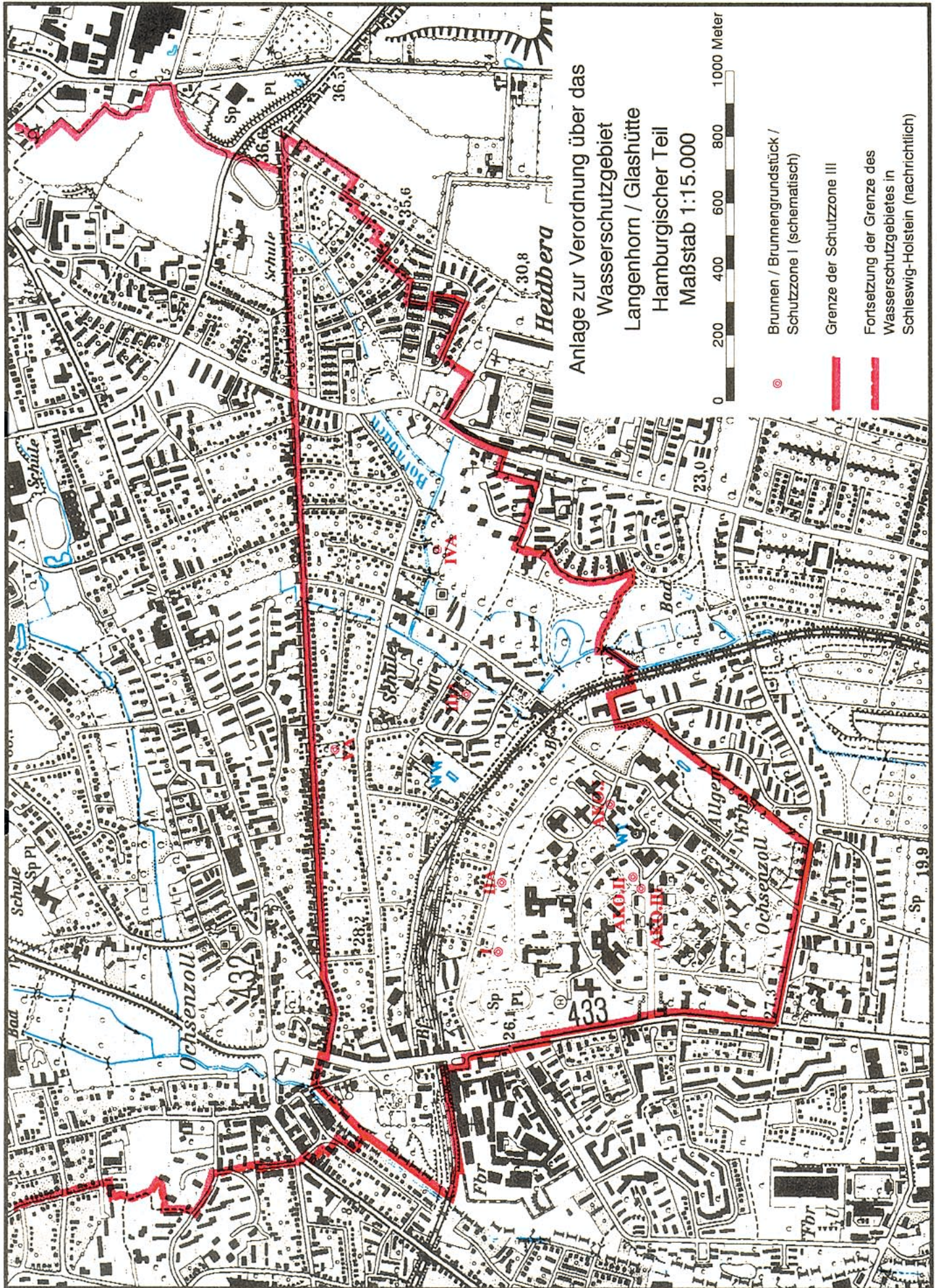
§ 4

In der weiteren Schutzzone (Zone III) sind verboten:

1. das Einleiten, Verregnen und Versickern von Schmutzwasser und sonstigen wassergefährdenden Stoffen sowie von radioaktiven Stoffen; dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, soweit sie gemäß § 3 Absatz 2 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in Wasserschutzgebieten zulässig ist;
2. das Ablagern, Aufhalden oder Einbringen in den Untergrund sowie das Lagern, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen, Hochofenschlacken und Gießereisanden sowie von Rückständen aus Wärmekraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen; Nummer 1 zweiter Halbsatz gilt entsprechend. Ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind Anlagen zum Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch oder Heiz- oder Dieselöl für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Abtransport, Füllung, Lagerung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung vom

19. Mai 1998 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 71) getroffen und eingehalten werden;
3. das Betreiben, Errichten und Erweitern von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe; dies gilt nicht für
 - a) Rohrleitungsanlagen, die Zubehör von Anlagen zum Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch oder von Heiz- oder Dieselöl für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Abtransport, Füllung, Lagerung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung entsprechen und
 - b) Rohrleitungsanlagen, die gemäß § 7 der Pflanzenschutzmittelverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. August 1998 (Bundesgesetzblatt I Seite 2162) einer regelmäßigen Überprüfungspflicht unterliegen;
 4. die Errichtung, Erweiterung und wesentliche Änderung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft zum Umgang mit radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen; zulässig sind solche wesentlichen Änderungen, die ausschließlich der Erhöhung der Sicherheit der Anlagen und der Reduzierung der Emissionen dienen;
 5. die Tierhaltung, wenn bei der Ausbringung des anfallenden Dungs auf den zur Verfügung stehenden Flächen die Menge von 170 kg Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr überschritten würde;
 6. die Verwendung von Stalldung sowie das Aufbringen von Gülle, Jauche und Silagewässern, sofern dies nicht fachgerecht zur Nährstoffversorgung oder zur Bodenverbesserung auf forst- und landwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Flächen erfolgt; verboten ist das Aufbringen, die Einarbeitung und das Ablagern von Gülle, Jauche, Festmist, Geflügelkot, Silagesickersaft, Sekundärrohstoffdünger (zum Beispiel Kompost) sowie von stickstoffhaltigem Mineraldünger in der Zeit vom 15. September bis zum 31. Januar des folgenden Jahres;
 7. die Schmutzwasserlandbehandlung, die Anlage von Sandfiltergräben zur Schmutzwasserbeseitigung und die Neuanlage von Abwassersammelgruben für Schmutzwasser;
 8. die Errichtung und Erweiterung von Wohnhäusern, Krankenhäusern, Heilstätten und Gewerbebetrieben, wenn das Schmutzwasser nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgebracht wird;
 9. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen des Luftverkehrs; zulässig sind Flächen für Einsätze der Polizei, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sowie zur Patientenversorgung durch Krankenanstalten;
 10. die Durchführung von Manövern und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, sofern dabei
 - a) Stoffe gelagert, umgeschlagen oder transportiert werden, die geeignet sind, die Beschaffenheit des Grundwassers nachteilig zu verändern, oder
 - b) Grabungen über 1 m Tiefe vorgenommen werden;
 11. das Lagern, Ablagern und Behandeln von Abfall mit Ausnahme der Eigenkompostierung durch private Haushalte; als Abfall im Sinne dieser Vorschrift gelten auch Hausmüll, mit auslaugbaren, wassergefährdenden Stoffen belasteter oder verunreinigter Bauschutt, industrielle Abfälle, Klärschlamm sowie Kraftfahrzeugschrott;
 12. das Errichten, Erweitern und Betreiben von Kläranlagen;
 13. die Vornahme von Abgrabungen und Erdaufschlüssen, durch die Deckschichten wesentlich vermindert werden, insbesondere wenn zu besorgen ist, dass das Grundwasser ständig aufgedeckt und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zu seinem Schutz vorgenommen werden kann; zulässig sind solche Tätigkeiten, die für Baugrunduntersuchungen, aus Gründen der öffentlichen Wasserversorgung oder für die Unterhaltung von Gewässern durch die zuständige Behörde noch § 38 des Hamburgischen Wassergesetzes erforderlich sind;
 14. die Neuanlage und Erweiterung von Friedhöfen;
 15. die Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien bei Baumaßnahmen, insbesondere im Straßen-, Wege- und Tiefbau;
 16. Bohrungen zum Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen, Erdgas oder Mineralwasser;
 17. Bohrungen und Brunnen zum Aufsuchen und Nutzen von Grundwasser, sofern nicht eine wasserrechtliche Bewilligung oder Ausnahme erteilt ist; zulässig sind Maßnahmen zum Erfassen und Überwachen des Grundwasserhaushaltes und der öffentlichen Wasserversorgung;
 18. die Errichtung und Erweiterung von Kleingärten; die Errichtung und Erweiterung von Gartenbaubetrieben, sofern sie nicht grundwasserschonend unter Vorsorgepunkten betrieben werden;
 19. die Errichtung oder wesentliche Änderung von Schießplätzen und Golfplätzen;
 20. die Errichtung und wesentliche Änderung von Motorsportanlagen sowie das Abhalten von Motorsportveranstaltungen außerhalb bestehender Motorsportanlagen;
 21. die Anlage und Erweiterung von Fischteichen.
- § 5
- Die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind im Einzelfall verpflichtet zu dulden, dass Bauftragte der Hamburger Wasserwerke GmbH oder der zuständigen Behörde die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen oder den Fassungsbereich umzäunen, wenn hierfür geeignete Flächen der Freien und Hansestadt Hamburg oder der Hamburger Wasserwerke GmbH nicht zur Verfügung stehen.
- § 6
- Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Absatz 1 Nummer 2 WHG handelt, wer den §§ 3 und 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt.
- § 7
- Diese Verordnung tritt am 1. April 2000 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 18. Januar 2000.



HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 34	FREITAG, DEN 13. SEPTEMBER	2002
Tag	Inhalt	Seite
3. 9. 2002	Verordnung zur Änderung abfall-, wege-, wasser- und naturschutzrechtlicher Verordnungen aus Anlass der Behördenneugliederung 2002 2129-1-4, 2129-6-1, 2136-1-2, 753-1-25, 753-1-26, 753-1-28, 753-1-29, 791-1-7, 791-1-20, 791-1-21, 791-1-22, 791-1-23, 791-1-24, 791-1-28, 791-1-35, 791-1-40, 791-1-50, 791-1-51, 791-1-52, 791-1-53, 791-1-54, 791-1-55, 791-1-56, 791-1-57, 791-1-58, 791-1-59, 791-1-64, 791-1-65, 791-1-66, 791-1-67, 791-1-68, 791-1-69, 791-1-70, 791-1-73, 791-1-80, 791-1-81, 791-1-82, 791-1-83, 791-1-84, 791-1-85, 791-1-86, 791-1-87, 791-1-88, 791-1-89, 791-1-90, 791-1-91, 791-1-92, 791-1-93, 791-1-94, 791-1-95, 791-1-96, 791-1-105, 791-1-106, 791-1-109, 791-1-110, 791-1-115, 791-1-116, 791-1-117, 791-1-118, 791-1-119, 791-1-120, 791-1-125, 791-1-126, 791-1-128, 791-1-130, 791-1-127	245
6. 9. 2002	Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen des Bezirksamtes Eimsbüttel	248
9. 9. 2002	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erweiterung der Verkaufszeiten aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte	249

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Verordnung

zur Änderung abfall-, wege-, wasser- und naturschutzrechtlicher Verordnungen aus Anlass der Behördenneugliederung 2002

Vom 3. September 2002

Artikel 1

Änderung der Bioabfallverordnung

Auf Grund von § 19 Absätze 2 und 4 und § 21 des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes vom 1. Dezember 1992 (HmbGVBl. S. 251), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 253), und von § 19 Absatz 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 254), wird verordnet:

In § 3 der Bioabfallverordnung vom 4. Oktober 1994 (HmbGVBl. S. 277, 282), zuletzt geändert am 27. Januar 1997 (HmbGVBl. S. 17), wird die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Verordnung zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt

Auf Grund von § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 26. April 1995 (HmbGVBl. S. 95), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 254), wird verordnet:

In § 2 der Verordnung zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 20. Februar 1996 (HmbGVBl. S. 28) wird die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der Wegereinigungsverordnung

Auf Grund von § 31 Absätze 2 und 3 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 254), wird verordnet:

In § 2 der Wegereinigungsverordnung vom 27. Februar 1979 (HmbGVBl. S. 57), zuletzt geändert am 12. Dezember 2000 (HmbGVBl. S. 397), wird die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung bestimmter Verordnungen über Wasserschutzgebiete

Auf Grund von § 19 Absätze 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 12. November 1996 (BGBl. I

S. 1696), zuletzt geändert am 18. Juni 2002 (BGBl. I S. 1914), und von § 27 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 256), wird verordnet:

In § 1 Absatz 3 Satz 3 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt:

1. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Boursberg vom 13. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 17),
2. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Süderelbmarsch/Harburger Berge vom 17. August 1993 (HmbGVBl. S. 228),
3. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte vom 18. Januar 2000 (HmbGVBl. S. 31),
4. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Billstedt vom 19. Dezember 2000 (HmbGVBl. S. 419).

Artikel 5

Änderung bestimmter Verordnungen über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete

Auf Grund von §§ 15, 16 und 17 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281) wird verordnet:

In § 1 Absatz 2 Satz 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt:

1. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Öjendorf-Billstedter-Geest vom 14. September 1993 (HmbGVBl. S. 263), zuletzt geändert am 1. August 2000 (HmbGVBl. S. 263),
2. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Altona-Südwest, Ottensen, Othmarschen, Klein Flottbek, Nienstedten, Dockenhuden, Blankenese und Rissen vom 18. Dezember 1962 (HmbGVBl. S. 203), zuletzt geändert am 21. September 1999 (HmbGVBl. S. 227),
3. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bahrenfeld vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 75, 84), zuletzt geändert am 24. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 299),
4. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Groß Flottbek vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 76, 84), zuletzt geändert am 1. August 2000 (HmbGVBl. S. 264),
5. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Osdorf vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 77), zuletzt geändert am 27. Februar 2001 (HmbGVBl. S. 35),
6. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sülldorf vom 24. Oktober 1972 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 11. März 1997 (HmbGVBl. S. 72),
7. Verordnung über das Naturschutzgebiet Schnaakenmoor vom 3. April 1979 (HmbGVBl. S. 110), zuletzt geändert am 14. Februar 1989 (HmbGVBl. S. 27),
8. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Schnelsen, Niendorf, Lokstedt, Eidelstedt und Stellingen vom 26. November 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-r), zuletzt geändert am 17. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 249),
9. Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Langenhorn, Fuhlsbüttel und Klein Borstel vom 31. Mai 1960 (HmbGVBl. S. 325), zuletzt geändert am 22. Januar 2002 (HmbGVBl. S. 12),
10. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Wandsbek, Jenfeld und Marienthal vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 36), zuletzt geändert am 23. April 1996 (HmbGVBl. S. 56),
11. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Hinschenfelde und Tonndorf vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
12. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Duvenstedt, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf und Rahlstedt vom 19. Dezember 1950 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-k), zuletzt geändert am 17. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 250),
13. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Farmsen vom 2. Dezember 1980 (HmbGVBl. S. 368), zuletzt geändert am 20. Dezember 1994 (HmbGVBl. S. 444),
14. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sasel vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 39), zuletzt geändert am 19. März 1996 (HmbGVBl. S. 41),
15. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wellingsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 160), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
16. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Poppenbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 161, 165), zuletzt geändert am 22. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 395),
17. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Hummelsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 162, 165), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
18. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ohlstedt vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 26. Januar 1999 (HmbGVBl. S. 36),
19. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wohldorf vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 86), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
20. Verordnung über das Naturschutzgebiet Duvenstedter Brook vom 29. Juli 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-u), zuletzt geändert am 2. Mai 2001 (HmbGVBl. S. 75, 90),
21. Verordnung über das Naturschutzgebiet Hainesch/Iland vom 7. Januar 1975 (HmbGVBl. S. 5, 26), zuletzt geändert am 2. Mai 2001 (HmbGVBl. S. 75, 92),
22. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rodenbeker Quellental vom 25. Januar 1977 (HmbGVBl. S. 9), zuletzt geändert am 14. Februar 1989 (HmbGVBl. S. 27),
23. Verordnung über das Naturschutzgebiet Wittmoor vom 22. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 395),
24. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stellmoorer Tunneltal vom 28. März 1978 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 5. Oktober 1993 (HmbGVBl. S. 277),
25. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor vom 15. August 1978 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 14. Februar 1989 (HmbGVBl. S. 27),
26. Verordnung über das Naturschutzgebiet Raakmoor vom 8. Mai 1979 (HmbGVBl. S. 119), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
27. Verordnung über das Naturschutzgebiet Höltigbaum vom 26. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 83),

28. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bergedorf vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 6), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
29. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Billwerder vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 7), zuletzt geändert am 21. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 227),
30. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Lohbrügge vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 9, 18), zuletzt geändert am 21. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 227),
31. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 8), zuletzt geändert am 26. August 1997 (HmbGVBl. S. 445),
32. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 17. Januar 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-s), zuletzt geändert am 14. September 1993 (HmbGVBl. S. 263),
33. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Allermöhe vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 62), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
34. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorfleet vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 63), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
35. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Tatenberg vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 64), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
36. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Altengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 19. September 2000 (HmbGVBl. S. 289),
37. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 102), zuletzt geändert am 19. September 2000 (HmbGVBl. S. 289),
38. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Kirchwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 100), zuletzt geändert am 1. August 2000 (HmbGVBl. S. 265),
39. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ochsenwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 103), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
40. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Spadenland vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 108), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
41. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Curslack vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 99), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
42. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Reitbrook vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 107), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
43. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ost-Krauel vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 104), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
44. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Overhaken vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 106), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
45. Verordnung über das Naturschutzgebiet Boberger Niederung vom 21. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 227),
46. Verordnung über das Naturschutzgebiet Die Reit vom 21. August 1973 (HmbGVBl. S. 401), zuletzt geändert am 2. Mai 2001 (HmbGVBl. S. 75, 91),
47. Verordnung über das Naturschutzgebiet Kirchwerder Wiesen vom 24. August 1993 (HmbGVBl. S. 231),
48. Verordnung über das Naturschutzgebiet Borghorster Elblandschaft vom 19. September 2000 (HmbGVBl. S. 289),
49. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Vahrendorf Forst (Haake), Heimfeld, Eißendorf und Marmstorf vom 6. September 1955 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-o), zuletzt geändert am 24. September 1996 (HmbGVBl. S. 243, 245),
50. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Marmstorfer Flottsandplatte vom 24. September 1996 (HmbGVBl. S. 243),
51. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorburg vom 7. September 1956 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-p), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
52. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland vom 22. Oktober 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-q), zuletzt geändert am 3. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 185),
53. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Fischbek und Neugraben vom 12. März 1948 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-f), zuletzt geändert am 17. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 246),
54. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Neugraben vom 24. Juni 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-m), zuletzt geändert am 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 306),
55. Verordnung über das Naturschutzgebiet Fischbeker Heide vom 19. Mai 1992 (HmbGVBl. S. 101),
56. Verordnung über das Naturschutzgebiet Heuckenlock vom 19. Juli 1977 (HmbGVBl. S. 202), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7),
57. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rhee vom 22. Juni 1981 (HmbGVBl. S. 157), zuletzt geändert am 16. Januar 1989 (HmbGVBl. S. 5, 7).

Artikel 6

Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet Moorgürtel

Auf Grund von §§ 15 und 16 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281) wird verordnet:

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet Moorgürtel vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 306) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2 Satz 2 wird die Bezeichnung „Umweltbehörde“ durch die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ ersetzt.

2. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Schlussbestimmungen

(1) Die Verordnung über das Naturschutzgebiet Nincoper Moor vom 16. Mai 1978 (HmbGVBl. S. 195) in der geltenden Fassung tritt außer Kraft.

(2) Die Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Neugraben vom 24. Juni 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-m), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246), tritt außer Kraft, soweit Flächen durch diese Verordnung unter Schutz gestellt werden.“

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 3. September 2002.

Verordnung
zur Änderung von Rechtsvorschriften aus dem Bereich
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
aus Anlass der Behördenneugliederung 2004

Vom 5. Oktober 2004

Artikel 1

Änderung der Bioabfallverordnung

Auf Grund von § 19 Absätze 2 und 4 und § 21 des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes vom 1. Dezember 1992 (HmbGVBl. S. 251), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 253), und von § 19 Absatz 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 352), wird verordnet:

In § 3 der Bioabfallverordnung vom 4. Oktober 1994 (HmbGVBl. S. 277, 282), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245), wird die Bezeichnung „Behörde für

Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Verordnung
zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen
und belastetem Bauschutt

Auf Grund von § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 26. April 1995 (HmbGVBl. S. 95), zuletzt geändert am 8. Juli 2003 (HmbGVBl. S. 272), wird verordnet:

In § 2 der Verordnung zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 20. Februar

1996 (HmbGVBl. S. 28), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245), wird die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung sanierungsrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 142 Absatz 3 Satz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. 1997 I S. 2142, 1998 I S. 137), zuletzt geändert am 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359), in Verbindung mit § 4 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), wird verordnet:

In § 2 Absatz 2 Nummer 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes St. Pauli S 5, Wohlwillstraße vom 4. März 1997 (HmbGVBl. S. 45), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
2. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Wilhelmsburg S 4 (Mokrystraße/ Industriestraße) vom 18. Februar 1997 (HmbGVBl. S. 19), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
3. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Eimsbüttel S 2, Sternschanze vom 26. August 2003 (HmbGVBl. S. 459),
4. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes St. Pauli S 6, Rosenhofstraße vom 26. August 2003 (HmbGVBl. S. 461).

Artikel 4

Änderung der Wegereinigungsverordnung

Auf Grund von § 31 Absätze 2 und 3 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 352), wird verordnet:

In § 2 der Wegereinigungsverordnung vom 2. März 2004 (HmbGVBl. S. 124, 200) wird die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung wasserrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 52 Absatz 1 Buchstabe b und § 53 Absatz 5 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 4. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 53, 62), wird verordnet:

In § 1 Absatz 2 Satz 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Bille zwischen der Landesgrenze und der Alten Holstenstraße vom 20. April 1982 (HmbGVBl. S. 97), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),
2. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Bille (mittlere Bille) vom Schöpfwerk Bille an der Bundesautobahn A 1 bis zur Kampchausee sowie der Kampbille zwischen Kampchausee und Schleusengraben vom 11. Okto-

ber 1988 (HmbGVBl. S. 199), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),

3. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Alster zwischen der Landesgrenze und der Fuhlsbütteler Schleuse vom 16. Januar 1979 (HmbGVBl. S. 10), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),
4. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Wandse zwischen der Landesgrenze und der Maxstraße vom 19. August 1986 (HmbGVBl. S. 269), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269).

Artikel 6

Änderung bestimmter Verordnungen über Wasserschutzgebiete

Auf Grund von § 19 Absätze 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3246), geändert am 6. Januar 2004 (BGBl. I S. 2, 15), und von § 27 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 4. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 53, 62), wird verordnet:

In § 1 Absatz 3 Satz 3 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Boursberg vom 13. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 17), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
2. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Süderelbmarsch/Harburger Berge vom 17. August 1993 (HmbGVBl. S. 228), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
3. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte vom 18. Januar 2000 (HmbGVBl. S. 31), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
4. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Billstedt vom 19. Dezember 2000 (HmbGVBl. S. 419), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245).

Artikel 7

Änderung bestimmter Verordnungen über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete

Auf Grund von §§ 15, 16 und 17 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281), zuletzt geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), wird verordnet:

In § 1 Absatz 2 Satz 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Öjendorf-Billstedter Geest vom 14. September 1993 (HmbGVBl. S. 263), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
2. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Altona-Südwest, Ottensen, Othmarschen, Klein Flottbek, Nienstedten, Dockenhuden, Blankenese und Rissen vom 18. Dezember 1962 (HmbGVBl. S. 203), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
3. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bahrenfeld vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 75, 84), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),

4. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Groß Flottbek vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 76, 84), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
5. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Osdorf vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 77), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
6. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sülldorf vom 24. Oktober 1972 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
7. Verordnung über das Naturschutzgebiet Schnaakenmoor vom 3. April 1979 (HmbGVBl. S. 110), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
8. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Schnelsen, Niendorf, Lokstedt, Eidelstedt und Stellingen vom 26. November 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-r), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 535),
9. Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Langenhorn, Fuhlsbüttel und Klein Borsstel vom 31. Mai 1960 (HmbGVBl. S. 325), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 534),
10. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Wandsbek, Jenfeld und Marienthal vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 36), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 534),
11. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Hinschenfelde und Tonndorf vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
12. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Duvenstedt, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf und Rahlstedt vom 19. Dezember 1950 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-k), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 535),
13. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Farmsen vom 2. Dezember 1980 (HmbGVBl. S. 368), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
14. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sasel vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 39), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
15. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wellingsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 160), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
16. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Poppenbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 161, 165), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
17. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Hummelsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 162, 165), zuletzt geändert am 21. Juni 2004 (HmbGVBl. S. 264),
18. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ohlstedt vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
19. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wohldorf vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 86), zuletzt geändert am 16. Dezember 2003 (HmbGVBl. S. 583),
20. Verordnung über das Naturschutzgebiet Duvenstedter Brook vom 29. Juli 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-u), zuletzt geändert am 16. Dezember 2003 (HmbGVBl. S. 583),
21. Verordnung über das Naturschutzgebiet Hainesch/Iland vom 7. Januar 1975 (HmbGVBl. S. 5, 26), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
22. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rodenbeker Quellental vom 25. Januar 1977 (HmbGVBl. S. 9), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
23. Verordnung über das Naturschutzgebiet Wittmoor vom 22. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 395), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
24. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stellmoorer Tunneltal vom 28. März 1978 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
25. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor vom 15. August 1978 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
26. Verordnung über das Naturschutzgebiet Wohldorfer Wald vom 9. Dezember 1980 (HmbGVBl. S. 377), zuletzt geändert am 24. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 117),
27. Verordnung über das Naturschutzgebiet Höltigbaum vom 26. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 83), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
28. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bergedorf vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 6), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
29. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Billwerder vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 7), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
30. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Lohbrügge vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 9, 18), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
31. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 8), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
32. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 17. Januar 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-s), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
33. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Allermöhe vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 62), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
34. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorfleet vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 63), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
35. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Tatenberg vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 64), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),

36. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Altengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
37. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 102), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
38. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Kirchwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 100), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
39. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ochsenwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 103), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
40. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Spadenland vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 108), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
41. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Curslack vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 99), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
42. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Reitbrook vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 107), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
43. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ost-Krauel vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 104), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
44. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Overhaken vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 106), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
45. Verordnung über das Naturschutzgebiet Boberger Niederung vom 21. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 227), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
46. Verordnung über das Naturschutzgebiet Die Reit vom 21. August 1973 (HmbGVBl. S. 401), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
47. Verordnung über das Naturschutzgebiet Kirchwerder Wiesen vom 24. August 1993 (HmbGVBl. S. 231), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
48. Verordnung über das Naturschutzgebiet Borghorster Elblandschaft vom 19. September 2000 (HmbGVBl. S. 289), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
49. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Vahrendorf Forst (Haake), Heimfeld, Eißendorf und Marmstorf vom 6. September 1955 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-o), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
50. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Marmstorf Flottsandplatte vom 24. September 1996 (HmbGVBl. S. 243), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
51. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorburg vom 7. September 1956 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-p), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
52. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland vom 22. Oktober 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-q), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
53. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Fischbek und Neugraben vom 12. März 1948 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-f), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
54. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Neugraben vom 24. Juni 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-m), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 247),
55. Verordnung über das Naturschutzgebiet Fischbeker Heide vom 19. Mai 1992 (HmbGVBl. S. 101), zuletzt geändert am 24. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 116),
56. Verordnung über das Naturschutzgebiet Heuckenlock vom 19. Juli 1977 (HmbGVBl. S. 202), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
57. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rhee vom 22. Juni 1981 (HmbGVBl. S. 157), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
58. Verordnung über das Naturschutzgebiet Moorgürtel vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 306), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 247).

Artikel 8

Änderung naturschutzrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 6 Absätze 2 und 4 sowie § 7 Absatz 1 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281), zuletzt geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), Artikel 7 und 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Senats zur Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur Weiterübertragung dieser Ermächtigung vom 11. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 215) und Artikel 7 und 8 des Gesetzes über die Zustimmung der Bezirksversammlungen zur Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne vom 4. November 1997 (HmbGVBl. S. 494), geändert am 1. Dezember 1997 (HmbGVBl. S. 524), wird verordnet:

§ 1

In § 1 Absatz 3 der nachstehenden Gesetze und Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über den Grünordnungsplan Schnelsen 71 vom 16. März 1993 (HmbGVBl. S. 69), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
2. Gesetz über den Grünordnungsplan Wilhelmsburg 72 vom 17. Januar 1994 (HmbGVBl. S. 13), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
3. Gesetz über den Grünordnungsplan Langenhorn 63 vom 8. März 1994 (HmbGVBl. S. 73), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
4. Gesetz über den Grünordnungsplan Bramfeld 57 vom 8. März 1994 (HmbGVBl. S. 74), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),

5. Gesetz über den Grünordnungsplan Wilhelmsburg 71 vom 20. Juli 1994 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 6. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 88 vom 20. Juli 1994 (HmbGVBl. S. 209), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 7. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 92 vom 5. Dezember 1995 (HmbGVBl. S. 361), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 8. Gesetz über den Grünordnungsplan Farmsen-Berne 29/Tonndorf 28/Wandsbek 68 vom 19. Februar 1996 (HmbGVBl. S. 26), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 9. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 90 vom 4. März 1997 (HmbGVBl. S. 31), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 10. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15 vom 28. Mai 1997 (HmbGVBl. S. 153), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 11. Verordnung über den Grünordnungsplan Moorfleet 9/Billwerder 22 vom 11. Juni 1998 (HmbGVBl. S. 91), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 12. Verordnung über den Grünordnungsplan Bramfeld 58 vom 8. Dezember 1998 (HmbGVBl. S. 323), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270).
- § 2
- In § 1 Absatz 4 der nachstehenden Gesetze und Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:
1. Gesetz über den Grünordnungsplan Langenhorn 29 vom 21. April 1983 (HmbGVBl. S. 79), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 2. Gesetz über den Grünordnungsplan Rissen 38 vom 1. Dezember 1983 (HmbGVBl. S. 272), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 3. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 58 vom 23. September 1986 (HmbGVBl. S. 290), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 4. Gesetz über den Grünordnungsplan Kirchwerder 16 vom 17. November 1988 (HmbGVBl. S. 230), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 5. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 44 vom 27. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 47), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 6. Verordnung über den Grünordnungsplan Schnelsen 21 vom 26. März 1991 (HmbGVBl. S. 96), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 7. Verordnung über den Grünordnungsplan Bergstedt 13 vom 30. April 1991, geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 8. Gesetz über den Grünordnungsplan Schnelsen 14 vom 2. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
 9. Gesetz über den Grünordnungsplan Francop 5 vom 2. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 208), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270).

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 5. Oktober 2004.

Verordnung zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

Vom 5. Juli 2005

Artikel 1

Änderung von Wasserschutzgebietsverordnungen

Auf Grund von § 19 Absätze 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3246), zuletzt geändert am 21. Juni 2005 (BGBl. I S. 1666, 1667), und § 27 des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97) wird verordnet:

§ 1

Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Bausberg

Die Verordnung über das Wasserschutzgebiet Bausberg vom 13. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 17), zuletzt geändert am 5. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 375, 376), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Absatz 2 wird die Textstelle „1, 4, 8,“ gestrichen.
 - 1.2 In Absatz 3 Satz 1 wird die Textstelle „1:5000 (Blätter 1 bis 3)“ durch die Textstelle „1:6000“ ersetzt.
2. In § 2 Absatz 2 werden hinter dem Wort „kann“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - 3.1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. das Einleiten, Verregnen und Versickern von Schmutzwasser und sonstigen wassergefährdenden Stoffen sowie von radioaktiven Stoffen; dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, soweit sie gemäß § 3 Absatz 2 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert am 23. Juli 2003 (BGBl. I S. 1533), in der jeweils geltenden Fassung in Wasserschutzgebieten zulässig ist; gesammeltes Niederschlagswasser von Dachflächen, das nicht vom Grundstück in das Regen- oder Mischwassersiel eingeleitet werden kann, soll über die belebte Bodenzone versickert oder in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden; ist beides nicht möglich, muss bei der Versickerung für je angefangene 100 m² der Gebäudegrundfläche mindestens ein Versickerungsschacht benutzt werden; dies gilt nicht für Wohngrundstücke, sofern das anfallende Niederschlagswasser gemäß § 32 a des Hamburgischen Wassergesetzes in der jeweils geltenden Fassung versickert wird oder sofern das Niederschlagswasser auf dem Grundstück verwendet wird und sich dadurch keine Missstände ergeben;“
 - 3.2 Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. das Ablagern, Aufhalten oder Einbringen in den Untergrund sowie das Lagern, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe; Nummer 1 zweiter Halbsatz gilt entsprechend; ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind das Lagern, Abfüllen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden von wassergefährdenden Stoffen in haushaltsüblichen Mengen sowie Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heiz-

ölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach der Anlagenverordnung vom 19. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 71), zuletzt geändert am 2. April 2002 (HmbGVBl. S. 31), in der jeweils geltenden Fassung getroffen und eingehalten werden;“

- 3.3 In Nummer 3 wird folgender Halbsatz angefügt:

„dies gilt nicht für

 - a) Rohrleitungen, die Zubehör von Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung, entsprechen und
 - b) Rohrleitungen, die gemäß § 7 der Pflanzenschutzmittelverordnung in der Fassung vom 9. März 2005 (BGBl. I S. 735) einer regelmäßigen Überprüfungspflicht unterliegen;“
- 3.4 In Nummer 4 werden hinter dem Wort „Betrieben“ die Wörter „der gewerblichen Wirtschaft“ eingefügt.
- 3.5 In Nummer 7 werden hinter dem Wort „und“ die Wörter „die Neuanlage von“ eingefügt.
- 3.6 In Nummer 9 werden hinter dem Wort „Katastrophenendienstes“ die Wörter „sowie zur Patientenversorgung durch Krankenanstalten“ eingefügt.
- 3.7 Nummer 11 erhält folgende Fassung:

„11. das Lagern, Ablagern und Behandeln von Abfall mit Ausnahme der Eigenkompostierung durch private Haushalte;“
- 3.8 In Nummer 13 wird hinter dem Wort „Wasserversorgung“ die Textstelle „oder für die Unterhaltung von Gewässern, wenn sie nach den Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes durch die zuständige Behörde durchgeführt wird,“ eingefügt.
4. Die Anlage erhält die aus der Anlage zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.
5. Der in § 1 Absatz 3 genannte Lageplan (Blätter 1 bis 3) wird durch einen neuen Lageplan ersetzt. Sein maßgebliches Stück ist beim Staatsarchiv, je eine weitere Ausfertigung bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie beim Ortsamt Blankenese zur kostenfreien Einsicht für jedermann niedergelegt.

§ 2

Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Süderelbmarsch/Harburger Berge

Die Verordnung über das Wasserschutzgebiet Süderelbmarsch/Harburger Berge vom 17. August 1993 (HmbGVBl. S. 228), zuletzt geändert am 5. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 375, 376), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Absatz 2 werden hinter dem Wort „kann“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.
 - 1.2 In Absatz 3 wird die Textstelle „(Bundesgesetzblatt I Seite 1887)“ durch die Textstelle „(BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert am 23. Juli 2003 (BGBl. I S. 1533),“ ersetzt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. das Einleiten, Verregnen und Versickern von Schmutzwasser und sonstigen wassergefährdenden Stoffen sowie von radioaktiven Stoffen; dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, soweit sie gemäß § 3 Absatz 2 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung in Wasserschutzgebieten zulässig ist; gesammeltes Niederschlagswasser von Dachflächen, das nicht vom Grundstück in das Regen- oder Mischwassersiel eingeleitet werden kann, soll flächenhaft über die belebte Bodenzone versickert oder in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden; ist beides nicht möglich, muss bei der Versickerung für je angefangene 100 m² der Gebäudegrundfläche mindestens ein Versickerungsschacht benutzt werden; dies gilt nicht für Wohngrundstücke, sofern das anfallende Niederschlagswasser gemäß § 32 a des Hamburgischen Wassergesetzes in der jeweils geltenden Fassung versickert oder die Versickerung oder Verrieselung des Niederschlagswassers mit Hilfe von Anlagen erfolgt, für die vor dem 1. September 1993 eine wasserrechtliche Erlaubnis oder eine Baugenehmigung erteilt wurde oder wenn für die Entwässerung des Niederschlagswassers vor diesem Datum gemäß § 10 Absatz 2 des Hamburgischen Abwassergesetzes vom 21. Februar 1984 (HmbGVBl. S. 45), geändert am 22. Dezember 1992 (HmbGVBl. S. 305), eine Befreiung von der Anschlusspflicht erteilt wurde oder wenn das Niederschlagswasser auf dem Grundstück verwendet wird und sich dadurch keine Missstände ergeben;“
 - 2.2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - 2.2.1 Die Textstelle „Satz 1“ wird gestrichen.
 - 2.2.2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind das Lagern, Abfüllen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden wassergefährdender Stoffe in haushaltsüblichen Mengen sowie Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieselmotorkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach der Anlagenverordnung vom 19. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 71), zuletzt geändert am 2. April 2002 (HmbGVBl. S. 31), in der jeweils geltenden Fassung getroffen und eingehalten werden;“
 - 2.3 In Nummer 3 wird folgender Halbsatz angefügt:

„dies gilt nicht für

 - a) Rohrleitungen, die Zubehör von Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieselmotorkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung, entsprechen und
 - b) Rohrleitungen, die gemäß § 7 der Pflanzenschutzmittelverordnung in der Fassung vom 9. März 2005 (BGBl. I S. 735) einer regelmäßigen Überprüfungs-pflicht unterliegen;“
- 2.4 In Nummer 4 werden hinter dem Wort „Betrieben“ die Wörter „der gewerblichen Wirtschaft“ eingefügt.
- 2.5 In Nummer 9 werden hinter dem Wort „Katastrophendienstes“ die Wörter „sowie zur Patientenversorgung durch Krankenanstalten“ eingefügt.
- 2.6 Nummer 11 erhält folgende Fassung:

„11. das Lagern, Ablagern und Behandeln von Abfall mit Ausnahme der Eigenkompostierung durch private Haushalte;“
- 2.7 In Nummer 13 wird hinter dem Wort „Wasserversorgung“ die Textstelle „oder für die Unterhaltung von Gewässern, wenn sie nach den Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes durch die zuständige Behörde durchgeführt wird,“ eingefügt.

§ 3

Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Curslack/Altengamme

Die Verordnung über das Wasserschutzgebiet Curslack/Altengamme vom 10. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 236) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Absatz 2 Satz 1 werden hinter dem Wort „kann“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.
 - 1.2 In Absatz 3 wird die Textstelle „(Bundesgesetzblatt I Seite 1887), zuletzt geändert am 24. Januar 1997 (Bundesgesetzblatt I Seite 60)“ durch die Textstelle „(BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert am 23. Juli 2003 (BGBl. I S. 1533)“ ersetzt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. das Einleiten, Verregnen und Versickern von Schmutzwasser und sonstigen wassergefährdenden Stoffen sowie von radioaktiven Stoffen; dieses Verbot gilt nicht für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, soweit sie gemäß § 3 Absatz 2 der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in Wasserschutzgebieten zulässig sind; gesammeltes Niederschlagswasser von Dachflächen, das nicht vom Grundstück in das Regen- oder Mischwassersiel eingeleitet werden kann, soll flächenhaft über die belebte Bodenzone versickert oder in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden, ist beides nicht möglich, muss bei der Versickerung für je angefangene 100 m² der Gebäudegrundfläche mindestens ein Versickerungsschacht benutzt werden; dies gilt nicht für Wohngrundstücke, sofern das anfallende Niederschlagswasser gemäß § 32 a des Hamburgischen Wassergesetzes in der jeweils geltenden Fassung oder, sofern die Versickerung oder Verrieselung des Niederschlagswassers mit Hilfe von Anlagen erfolgt, für die vor dem 1. Januar 1995 eine wasserrechtliche Erlaubnis oder eine Baugenehmigung erteilt wurde oder wenn für die Entwässerung des Niederschlagswassers vor diesem Datum gemäß § 10 Absatz 2 des Hamburgischen Abwassergesetzes vom

21. Februar 1984 (HmbGVBl. S. 45), geändert am 29. Mai 1996 (HmbGVBl. S. 80), eine Befreiung von der Anschlusspflicht erteilt wurde oder wenn das Niederschlagswasser auf dem Grundstück verwendet wird und sich dadurch keine Missstände ergeben;“.

2.2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

2.2.1 Die Textstelle „Satz 1“ wird gestrichen.

2.2.2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind das Lagern, Abfüllen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden wassergefährdender Stoffe in haushaltsüblichen Mengen sowie Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach der Anlagenverordnung vom 19. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 71), zuletzt geändert am 2. April 2002 (HmbGVBl. S. 31), in der jeweils geltenden Fassung getroffen und eingehalten werden;“.

2.3 Nummer 3 wird wie folgt geändert:

2.3.1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) für Rohrleitungen, die Zubehör von Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung, entsprechen und“.

2.3.2 In Buchstabe b werden das Wort „Rohrleitungsanlagen“ durch das Wort „Rohrleitungen“ und die Textstelle „vom 28. Juli 1987 (Bundesgesetzblatt I Seite 1754), zuletzt geändert am 24. Juni 1994 (Bundesgesetzblatt I Seiten 1416, 1421),“ durch die Textstelle „in der Fassung vom 9. März 2005 (BGBl. I S. 735)“ ersetzt.

2.4 In Nummer 9 werden hinter dem Wort „Katastrophendienstes“ die Wörter „sowie zur Patientenversorgung durch Krankenanstalten“ eingefügt.

2.5 In Nummer 11 wird der zweite Halbsatz gestrichen.

2.6 In Nummer 13 wird die Textstelle „der Dove-Elbe“ durch die Textstelle „von Gewässern, wenn sie nach den Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes durch die zuständige Behörde durchgeführt wird,“ ersetzt.

§ 4

Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte

Die Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte vom 18. Januar 2000 (HmbGVBl. S. 31), zuletzt geändert am 5. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 375, 376), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

1.1 In Absatz 2 werden hinter dem Wort „kann“ die Wörter „auf Antrag“ eingefügt.

1.2 In Absatz 3 wird die Textstelle „(Bundesgesetzblatt I Seite 1887), zuletzt geändert am 4. Januar 1997 (Bundesgesetzblatt I Seite 60)“ durch die Textstelle „(BGBl. I S. 887), zuletzt geändert am 23. Juli 2003 (BGBl. I S. 1533)“ ersetzt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

2.1 Nummer 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind das Lagern, Abfüllen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden wassergefährdender Stoffe in haushaltsüblichen Mengen sowie Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach der Anlagenverordnung vom 19. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 71), zuletzt geändert am 2. April 2002 (HmbGVBl. S. 31), in der jeweils geltenden Fassung getroffen und eingehalten werden;“.

2.2 Nummer 3 wird wie folgt geändert:

2.2.1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Rohrleitungen, die Zubehör von Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung, entsprechen und“.

2.2.2 In Buchstabe b wird das Wort „Rohrleitungsanlagen“ durch das Wort „Rohrleitungen“ und die Textstelle „in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. August 1998 (Bundesgesetzblatt I Seite 2162)“ durch die Textstelle „in der Fassung vom 9. März 2005 (BGBl. I S. 735)“ ersetzt.

2.3 In Nummer 11 wird der zweite Halbsatz gestrichen.

§ 5

Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet Billstedt

Die Verordnung über das Wasserschutzgebiet Billstedt vom 19. Dezember 2000 (HmbGVBl. S. 419), zuletzt geändert am 5. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 375, 376), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 3 wird die Textstelle „(Bundesgesetzblatt I Seite 1887), zuletzt geändert am 27. Oktober 1999 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2070, 2071),“ durch die Textstelle „(BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert am 23. Juli 2003 (BGBl. I S. 1533),“ ersetzt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

2.1 Nummer 2 dritter Halbsatz erhält folgende Fassung:

„ausschließlich in der weiteren Schutzzone zulässig sind das Lagern, Abfüllen, Behandeln, Umschlagen und Verwenden wassergefährdender Stoffe in haushaltsüblichen Mengen sowie Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieseldieselkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach der Anlagenverordnung vom 19. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 71), zuletzt geändert am 2. April 2002

(HmbGVBl. S. 31), in der jeweils geltenden Fassung getroffen und eingehalten werden;“.

Artikel 2

Änderung der Verordnung über Anforderungen an Wasser- und Abwasseruntersuchungsstellen und deren Zulassung

2.2 Nummer 3 wird wie folgt geändert:

2.2.1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Rohrleitungen, die Zubehör von Anlagen zum Beheizen von Gebäuden und baulichen Anlagen mit Heizöl (Heizölverbraucheranlagen) sowie Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Dieselmotorkraftstoff für den landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Betrieb sind und den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Errichtung und Betrieb, insbesondere nach den Vorschriften der Anlagenverordnung, entsprechen und“.

Auf Grund von § 16 c des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97) und von § 17 a des Hamburgischen Abwassergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 258, 280), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 352), wird verordnet:

In § 2 Absatz 4 der Verordnung über Anforderungen an Wasser- und Abwasseruntersuchungsstellen und deren Zulassung vom 14. August 2001 (HmbGVBl. S. 310) wird die Zahl „1,5“ durch die Zahl „1“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der Verordnung zur Bestimmung der schiffbaren Gewässer

2.2.2 In Buchstabe b wird das Wort „Rohrleitungsanlagen“ durch das Wort „Rohrleitungen“ und die Textstelle „17. August 1998 (Bundesgesetzblatt I Seite 2162)“ durch die Textstelle „9. März 2005 (BGBl. I S. 735)“ ersetzt.

Auf Grund von § 10 Absatz 1 Satz 2 des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97) wird verordnet:

2.3 In Nummer 13 wird die Textstelle „nach § 38 des Hamburgischen Wassergesetzes durch die zuständige Behörde“ durch die Textstelle „, wenn sie nach den Vorschriften des Hamburgischen Wassergesetzes durch die zuständige Behörde durchgeführt wird,“ ersetzt.

In Nummer 6 der Anlage zur Verordnung zur Bestimmung der schiffbaren Gewässer vom 5. Mai 1987 (HmbGVBl. S. 99) werden hinter dem Wort „Neuengamme“ die Wörter „bis zur Mündung in die Elbe“ eingefügt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Juli 2005.